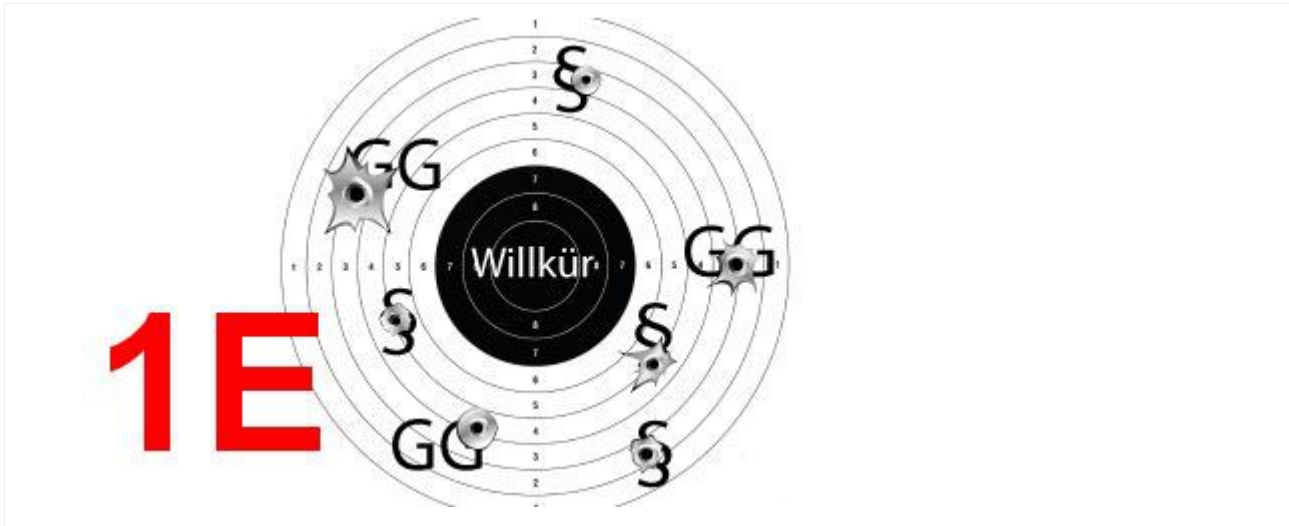


Countdown - Das Vertrauen in den Rechtsstaat (1E)

Verfasser: Uwe Knietzsch, Grüna



Das Gewaltmonopol gehört dem Staat, aber zu dem Zweck Rechtssicherheit nach dem Grundgesetz herzustellen.

Bild: Marko Schober (mit freundlicher Genehmigung für DPFW & JM)

Grüna [DPFW & JM] Die Politiker haben die Aufgabe das Funktionieren des vereinigten Wirtschaftsgebietes zu organisieren und haben die öffentliche Ordnung und Sicherheit mit rechtsstaatlichen Mitteln zu sichern. Nur genau aus diesem Grund haben Sie das Gewaltmonopol der Alliierten erhalten.

Was aber wenn der Waffenbesitz zum Mißbrauch zwecks Rechtsbeugung genutzt wird? Das Grundgesetz und das BGB gibt darauf die Antworten. Die Handlungsfähigkeit der vereinigten Wirtschaftsgebietes kommt aus der Wirtschaftskraft über das Bruttoinlandsprodukt. Die Wirtschaftskraft Deutschlands kommt nicht etwa durch wenige Großbetriebe, sondern durch den Mittelstand. Das Problem ist der Mittelstand kann sich nicht so organisieren wie das Großbetriebe tun können.

Großbetriebe fördern Politiker, denn sie sind bei der Durchsetzung ihrer Unternehmensinteressen weitgehend abhängig von der Laune und der Einflussnahme dieser Politiker. Die Offenlegung dieser Lobbyarbeit ist durch die Bundesregierung nicht gewollt. Dann gilt das hündische Prinzip in die Hand, die mich füttert beiße ich nicht. Ebenso abhängig ist der einfache Arbeiter, der keine Möglichkeiten hat sich ohne Unterwanderung jeglicher anderer Organisationsformen ohne Vollhaftung zu organisieren und folglich gegen Unrecht zu wehren. Er hat keine Chance seine Interessen zu vertreten.

Die einzige soziale Schicht, die in dieser Situation weitgehend unabhängig vom politischen Einfluss leben und den Kopf frei in jede Richtung bewegen kann, sind die Selbständigen, die Künstler, die Sportler, die Bauern und der Mittelstand und genau deshalb sind diese sozialen Schichten regelmäßig das Opfer der ständig auf dem Rücken der Einwohner ausgetragenen Ränkespiele zwischen Staat und Staat im Staat.

Allein schon der erklärte Wille für einen Verwaltungsakt die gültige Rechtsgrundlage erfahren zu wollen oder einen rechtsgültig unterschriebenen, klagefähigen Bescheid erhalten zu wollen, reicht aus, Beamte in ernste Erklärungsnot hinsichtlich ihrer Ernennungsurkunde zum Beamten als Legitimation für Amtshandlungen zu bringen, die offensichtlich doch mehr über die wirkliche Rechtslage in der Bundesrepublik Deutschland wissen, als sie zugeben.

Das führt in letzter Konsequenz zu grotesken Willkürmaßnahmen, die ohne rechtliche Grundlage mittels nicht vom gesetzlichen Richter unterschriebenen und somit nicht rechtsgültigen Beschlüssen Dank Eurofortbestand mit Waffengewalt durchgezogen werden können, seien sie nun Recht oder Unrecht, denn das wird im Vollstreckungsfall zunächst nicht geprüft und anschließend ist es zu spät und die Schadenersatzforderung erzeugt nur eine neue Schiebeakte.

Somit hat der Polizist eben nur die Wahl zwischen Weiterbeschäftigung mit Wegschauen und außergewöhnlich schneller Beförderung oder eben streng rechtsstaatlicher Tätigkeit nach dem Polizeigesetz aufgrund von leistungsgerechter Bezahlung, gefordert von einer starken Polizeigewerkschaft. Damit die Polizeigewerkschaft nicht etwa doch eines Tages den Rechtsstaat für ihre Mandanten wieder einfordert gab es in den Bundesländern eine Polizeireform. Genau dort liegt der Hund begraben und die nicht nach rechtsstaatlichen Grundsätzen handelnden Politiker wissen das auch und wiegen sich folglich in relativer Sicherheit.

Die Polizisten wissen im Gegensatz zu den Politikern aber nur „Gnade uns Gott“ wenn das Volk eines Tages nichts mehr für die durchnummerierten Eurokunstwerke kaufen kann und den Aufstand macht wenn die Polizisten genau in dem Moment eben gerade nicht Frau, Kind, Verwandtschaft, Auto, Segelyacht und Haus vor Übergriffen des Wutvolkes schützen können, weil sie im Dienst für diese Politiker sind.

Dann erst dämmert es vielen Polizeibediensteten warum sie vor der wachsenden Eskalation von Unrecht und Gewalt erst ihren Beamtenstatus verlieren mussten, sonst müssten sie nämlich im Falle einer Mobilmachung aus welchen Grund auch immer, nehmen wir Eurountergang an, mit Verhängung des Ausnahmezustandes nach dem Grundgesetz vordringlich das Volk und damit auch ihre eigenen Familien vor Entrechtung und Plünderung schützen.

Die Angestellten der öffentlichen Verwaltung sind aus dem gleichen Grund in einer ähnlich schwierigen Lage auf Verlangen ihre Legitimation mit Gesetzen nachweisen zu müssen, die entweder aus der für die Rechtsprechung nicht nutzbaren Zeit der Weimaer Republik oder des Nationalsozialismus ab 23.3.1933 bis zur Kapitulation stammen und deshalb unter Anwendungsverbot der Alliierten stehen. Da Nichtbeamte mangels gültiger Ernennungsurkunde Beamtengesetze nicht anwenden dürfen versuchen Sie ungültige Urkunden zu erzeugen und dann mit Täuschung im Rechtsverkehr ein amtliches Handeln vorzutäuschen.

Wenn sie ordnungsgemäß ernannte Beamte wären, dann verbieten eben auch genau diese Vorschriften für Beamte illegale und zeitsparende Arbeitsweisen, um den Bürger effektiv zu drangsalieren und mundtot zu machen. Man kann nun mal nicht den Rechtsstaat predigen und heimlich Raubritter außerhalb der geltenden Gesetzgebung spielen wollen. Viele sogenannte Vollziehungsbeamte sind keine Beamten nach geltendem Beamtenrecht und haben sich diese Titel einfach so als Berufsbezeichnung

zugelegt, um sich den Anschein der Rechtsstaatlichkeit zu geben.

Dieses Vorgehen ist jedenfalls nicht mit den Grundrechten bezüglich der Einhaltung der Rechtssicherheit nach dem Grundgesetz Artikel 20 Absatz 3 vereinbar. Die meisten Menschen lassen ungültige Verwaltungsakte über sich ergehen und wissen zum Teil nicht einmal, dass sie dabei um ihre Grundrechte und um ihr Geld betrogen wurden und wollen einfach nur wieder ihre Ruhe haben, die ihnen ohnehin vom Gesetz her zusteht.

Obwohl alle Rechtsanwälte und Richter in ihrer Ausbildung gelernt haben wie sie die Grundrechte für alle Menschen durchzusetzen haben, sind es die vielen Vergünstigungen der vielen Kann-Bestimmungen, die so verlockend sind, dass man es mit dem Gesetz nicht mehr so genau nimmt und eine Krähe hackt bekanntlich der anderen kein Auge aus. Nun wissen sie ansatzweise wie das moderne Raubrittertum gegen die Grundrechte des Staates im Staate funktioniert.

Das moderne Raubrittertum liegt also nur an rechtlichen Problemen mit der tatsächlichen Staatsangehörigkeit gemäß Artikel 116(1) Grundgesetz in Verbindung mit Kommunalwahlen auf Grundlage der Kommunalwahlordnung, des StaG vom 28.8.2013 im Widerstreit zu den von der Bundesregierung illegal weiterhin genutzten Rechtsordnungen aus der Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus, die aber eben durch internationale Verträge unter striktem Anwendungsverbot stehen.

Das Wahlgebiet in einen vereinigten Wirtschaftsgebietes definiert sich bei Parteikonstrukten so in etwa wie ein Staatsgebiet. Der Wähler wird dann zu etwas wie ein Bürger eines Parteikonstrukts wider Willen. Die Parteikonstrukte selbst treten dann in Konkurrenz zu existierenden, völkerrechtlich bereits anerkannten, rein staatlichen Institutionen an und verdrängen diese, teilweise unter Verletzung der Rechtsnormen und Gesetze.

Jean-Claude Juncker brachte die Situation dieses Verdrängungswettbewerbes gegen den Staat auf den Punkt: "Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter - Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt." Das ist das europäische Demokratieverständnis und das verträgt sich offensichtlich nicht mit dem Grundgesetz und deswegen ist das Grundgesetz der EU ein Dorn im Auge.

Die Chefetage kennt natürlich die Rechtslage genau und würde auch das Risiko einer unbeschränkten Privathaftung für alle Maßnahmen wegen Rechtsbeugung im Amt tragen, die gegen die gesetzlichen Bestimmungen vollstreckt wurden, aber die Chefs bedienen sich eines illegalen Tricks. Sie weisen einfach ihre Mitarbeiter mündlich an die rechtsungültigen Verwaltungsakte abweichend von den gesetzlichen Regelungen durchzusetzen und dies mit „i.A.“ zu unterschreiben, also im Auftrag, aber ohne Nennung des Auftraggebers. Im Ernstfall bestreitet dann der Vorgesetzte einfach die Anweisung gegeben zu haben. Der ahnungslose Angestellte haftet genau dann privat unbeschränkt für den angerichteten Schaden, denn die Staatshaftung gilt nicht mehr.

Mit Hilfe des Notstandes des Verlustes des Arbeitsplatzes verschafft sich der Vorgesetzte auf illegale Weise eine Haftungsfreistellung, da er dann bei der Gegenüberstellung bestreitet die mündliche Anweisung gegeben zu haben und der Angestellte hat die Beweislast auf seiner Seite. Der Angestellte hat nur die Wahl zwischen rechtmäßiger Arbeit, die zur Kündigung führt oder eine rechtswidrige Arbeitsweise, die zur Beförderung

führt.

Auf diese Weise entsteht eine Weisungshierarchie der Angst und Abhängigkeit der Schutzbefohlenen, wobei die Gewerkschaften, wie immer wenn es konkret wird, beide Hühneraugen zudrücken. Gegen dieses böse Spiel hat der Betroffene keine andere Chance als sich mit Gleichgesinnten zusammenzutun und gemeinsam zu versuchen gegen Rechtsbeugungen im Amt vorzugehen., wo auch immer das Amt seine rechtmäßige Ernennungsurkunde herbekommen hat. Das Bundesland oder Freistaat kann es nicht gewesen sein, denn der hat mangels Volksentscheid und Verfassungswahl selbst keine, wegen Grundgesetz mangels Artikel 23 und wegen bestehenden Artikel 29 Absatz 8.

Es gibt auch keine Unterstützung seitens der Bundesregierung für Angestellte, die sich aktiv für die Einhaltung von Recht und Gesetz einsetzen wollen. Die Lösung wäre eine Hotline gegen Erpressungsversuche mit illegalen Haftungsfreistellungen. Die Bundesregierung weigert sich aber seltsamerweise. In letzter Konsequenz führt aber diese Konstellation mit ungültigen Bescheiden dazu, dass sogar Verhaftungen durchgeführt werden, um rechtsungültige Verfügungen durchzusetzen, die der Gesetzgeber bereits für verfassungswidrig erklärt hatte, wie der aktuelle Beschluss der Verfassungsfeindlichkeit der GEZ-Gebühr, da der Rundstaatsvertrag wegen Artikel 29 Absatz 8 nicht unterschrieben wurde und somit nie in Kraft getreten war.

Wie am 20.9.2014 von der Partei DPFW im Rahmen einer von einem Mandanten beauftragten Grundgesetzrecherche wegen einer Strafanzeige gegen Willkürmaßnahmen im Seiteneffekt herausgefunden wurde, steht sogar im Grundgesetz, dass für einen Staatsvertrag, also auch für einen Rundfunkstaatsvertrag zwingend ein Volksentscheid notwendig ist und somit der Beschluss und die Begründung zum einstweiligen Fortbestand der Regelungen der GEZ und des Beitragsservice selbst auch wieder verfassungswidrig sein muss. Wären alle Anträge der Mandanten so wie es das Gesetz vorsieht bearbeitet worden, wäre niemand auf die Idee gekommen an dieser Stelle mal genauer nachzuwaschen.

Es wurde nämlich bereits im Vorfeld gegen das Grundgesetz Artikel 29 Absatz 8 in Verbindung mit Grundgesetz Artikel 79 Absatz 1 verstoßen. Das Urteil ist also sogar rückwirkend nachzubessern und es steht somit jedem Beitragszahler und den Gemeindenkassen für die Sozialhilfefälle ein rückwirkender Schadensersatzanspruch zu. Das ist unter rechtsstaatlichen Umständen bereits das Ende von ARD und ZDF und deren Rundfunkanstalten.

Das Bundesverfassungsgericht hatte den Staatsvertrag des ZDF für verfassungswidrig erklärt, aber dabei nicht erklärt gegen welche Verfassung denn verstoßen worden sein soll. Eine Bundesverfassung wurde nie veröffentlicht, nie vom Volk gewählt und muss ja nicht automatisch eine staatliche Verfassung meinen, da wir noch keine direkte Verfassungswahl auf deutschem Boden hatten und damit keine eindeutige Rechtslage geschaffen haben.

Es gibt lediglich zwei, mit der DDR-Verfassung drei gültige Vertreterverfassungen und dort gilt in gleicher Hierarchieebene die jeweils jüngste Vertreterverfassung. Vertreterverfassungen sind wie Grundgesetze notstandsrechtliche Mittel, die einer Entlastung bedürfen. Es gibt die Verfassung vom 1848/49 durch eine Vertreterversammlung für die Bewohner der Länder und die Verfassung von 1871 für den Staatenbund, deren Mitglieder nur die damaligen Bundesstaaten waren. Alle anderen

Verfassungen sind reine Besatzungskonstrukte, da sie wegen Fremdbestimmung nicht auf legitimer, freiwilliger, demokratischer Willensbildung des Staates entstanden sind.

Trotz ungültiger Rechtsgrundlage versendet die GEZ-Nachfolgeorganisation Beitragsservice weiter Haftandrohungen und schickt dem Bürger private Gerichtsvollzieher ohne staatliche Ernennungsurkunde des Innenministers ins Haus, die dann völlig zu Recht von Eingeweihten mit Hausverbot und kostenpflichtiger Unterlassungserklärung konfrontiert werden. Jede Willkür stärkt also die Kreativität des Widerstandes und so findet der Widerstand immer einen Weg sich dann doch Recht zu verschaffen. Mit Willkür, Kriegshetze, Lügen und Betrug kann man also keinen Rechtsstaat am Leben erhalten.

Wir werden ab Teil 2 Fälle vorstellen, die in anderen Ländern der Welt sicherlich für Bestürzung sorgen werden. Wir verstehen das, aber wir müssen es der internationalen Presse und der Völkergemeinschaft eben auf diese Weise mitteilen damit keiner hinterher sagen kann, wir haben es nicht gewusst, sonst hätten wir ja auf UN-Ebene sofort Sanktionen wegen dieses Unrechts erwirkt, um die Regierung zu zwingen trotz Verfassungsnotstand für rechtsstaatliche, grundgesetzliche Zustände zu sorgen.

Rechtlicher Hinweis: Für den Artikel ist der Verfasser verantwortlich, dem auch das Urheberrecht obliegt. Redaktionelle Inhalte von DPFW&JM können auf anderen Webseiten zitiert werden, wenn das Zitat maximal 5% des Gesamt-Textes ausmacht, als Zitat gekennzeichnet ist, der DPFW&JM durch den verlinkten Artikel oder durch dessen Verwendung kein Schaden zugefügt wird, dieser Hinweis in allen Verwendungen ungekürzt vorhanden ist, das Zitat nicht Gegenstand eines Rechtsstreites ist oder wird, der Quellenlink und der Link zur Homepage von DPFW&JM vorhanden ist. Der Linkbenutzer verpflichtet sich gleichzeitig unverzüglich den Link oder das Zitat zu entfernen oder durch die neue Version zu ersetzen, falls das von der DPFW&JM, auch ohne Angabe von Gründen verlangt wird.